Zeitschrift: NIKE-Bulletin
Herausgeber: Nationale Informationsstelle für Kulturgüter-Erhaltung
Band: 25 (2010)
Heft: 6: Bulletin

Artikel: "Die Probleme müssen wir gemeinsam lösen"
Autor: Schibler, Boris / Costa, Romana / Maurer, Philipp
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-727245

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Die Probleme müssen wir gemeinsam lösen»

Eine Diskussion zum Thema «Denkmale unter Druck»

Aufgezeichnet von Boris Schibler

Unter dem Titel «Denkmale unter Druck» wurde, zum Auftakt der diesjährigen Europäischen Tage des Denkmals, zusammen mit dem Architekturforum Bern eine Podiumsdiskussion im Berner Kornhaus veranstaltet. Angesichts der finanziellen Situation der Kulturgut-Erhaltung und des rauen Windes, der von Seiten der Wirtschaft oder des Umweltschutzes den Baudenkmälern entgegen weht, stellt sich die Frage, wie Kulturgut künftig gepflegt werden soll. Dieser Diskussion, die von Romana Costa, Kulturredaktorin bei Schweizer Radio DRS, geleitet wurde, stellten sich folgende Personen:

PHILIPP MAURER, Geschäftsführer der Konferenz der Schweizer Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger KSD. Davor leitete Maurer 10 Jahre lang den Schweizer Heimatschutz SHS.

LIENI FÜGLISTALLER, Nationalrat (SVP, AG), Präsident der nationalrätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur WBK (welche die Kulturbotschaft diskutieren wird, worin die Finanzierung der Kulturpflege und -förderung geregelt ist) und Mitglied der nationalrätlichen Finanzkommission. Von Hause aus ist Füglistaller Schreiner und als solcher vertraut mit denkmalpflegerischen Projekten.

HANS WIDMER, alt Nationalrat (SP, LU) und Präsident der NIKE.

JOSEF KUNZ, Nationalrat (SVP, LU), Präsident a.i. der Kantonalpartei und ebenfalls Mitglied der WBK und der Finanzkommission. Kunz ist Landwirt und lebt auf einem Bauernhof, der bereits im 13. Jahrhundert belegt ist und seit etwa 1500 von der Familie bewirtschaftet wird.

ROMANA COSTA: *Kulturdenkmäler stehen unter Druck. Es herrscht die paradoxe Situation, dass es auf der einen Seite immer mehr Kulturdenkmäler gibt, die geschützt und restauriert werden müssen und auf der anderen Seite stehen dafür immer weniger Mittel zur Verfügung. Was bedeutet das für die Denkmalpflege? Wie sollen Restaurierungen künftig finanziert werden, wenn sich die öffentliche Hand immer stärker zurückzieht? Will man die Kulturgüter überhaupt erhalten? Oder was soll mit ihnen geschehen?*

Als Beispiel kann die Klosterkirche Disentis dienen. Bei ihr steht eine dringend notwendige Restaurierung an, für die zwölf Millionen Franken benötigt würden. Bund und Kanton können insgesamt drei Millionen beisteuern. Damit fehlen neun Millionen, ohne die aber nicht restauriert werden kann. Was geht Ihnen da durch den Kopf?

PHILIPP MAURER: Die Schweiz ist extrem reich an Baudenkmälern. Diese zu erhalten ist keine leichte Aufgabe. Es braucht jeweils ein Bündel verschiedener Kräfte, um das zu erreichen. Eine davon ist die öffentliche Hand. Sie hat bisher als Motor gewirkt und solche Vorhaben stets angetrieben. Das wird mit schwindenden Mitteln künftig immer schwieriger. Und Disentis ist keineswegs ein Einzelfall.

JOSEF KUNZ: Wenn heute die öffentlichen Gelder fehlen, ist die Eigenverantwortung gefragt. Dabei meine ich Eigenverantwortung im Sinne von Eigenmittel. Wenn man sieht, dass eine Restaurierung ansteht, dann muss man rechtzeitig anfangen, das Geld dafür beiseitezulegen. Hier muss man sich auch die Frage stellen, ob die Betroffenen Rückstellungen gemacht haben. Ein zweiter

Aspekt ist die öffentliche Hand, die sich fragen muss, welche Bauten sie unterstützen will und in welcher Höhe. Das ist natürlich nicht leicht zu beantworten. Denn die Mittel sind immer zu knapp bei den zahlreichen Objekten, die erhalten werden müssen.

LIENI FÜGLISTALLER: Ich kenne die Kirche und meine, dass sie durchaus erhalten werden muss. Wenn wir aber von den Finanzen sprechen, so muss man auch ein wenig sehen, wie es soweit gekommen ist. Seit Einführung der NFA ist die Denkmalpflege eine Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden. Es stimmt, die Denkmäler stehen unter erheblichem Druck. Doch mir scheint, hier ist nicht nur der finanzielle Bereich massgebend, es gibt beispielsweise auch unschöne Erscheinungen im Bereich der administrativen Prozesse.

Selbstkritik ist notwendig

HANS WIDMER: Herr Kunz hat gesagt, man müsse fragen, welche Bauten unterstützt werden sollen. Dafür, so meine ich, muss es verbindliche Kriterien geben. Ich gebe ihm auch insofern Recht, dass man in dem Benediktinerkloster die anstehende Restaurierung möglicherweise etwas zu lange vor sich hergeschoben hat. Selbstkritik ist notwendig. Was aber oft vergessen wird: Das Kloster wertet die ganze Landschaft auch ökonomisch (touristisch) auf. Für das kollektive Gedächtnis der Entstehung der Bewirtschaftung unserer Alpengegenden und unserer Kultur überhaupt hat es eminente Bedeutung.

ROMANA COSTA: *Oder ist man vielleicht sogar froh, dass man das Kloster nicht in den 50er- oder 60er-Jahren restauriert hat – so wurde es nicht kaputt renoviert?*

HANS WIDMER: Man darf da die Fachleute nicht unterschätzen. Sie sind, gerade wenn es um historische Objekte geht, nicht sehr modeanfällig. Hätte man damals restauriert, wäre seither weniger kaputt gegangen. Man müsste vielleicht heute gleichwohl restaurieren, aber nicht in dem Ausmass.

JOSEF KUNZ: Es ist keine Frage, dass das Kloster restauriert werden muss. Je länger man eine solche Massnahme hinausschiebt, umso kostspieliger und aufwändiger wird sie. Der Bedarf an Finanzmitteln steigt zudem an. Wenn eine Kirchenrestaurierung vor etwa 40 Jahren 3,5 Millionen Franken kostete, so wäre es heute wohl das Doppelte. Vor allem, weil man die Restaurierung hinausgeschoben hat, was zu zunehmenden Schäden führte.

ROMANA COSTA: *Bund und Kantone übernehmen einen Viertel der Kosten, ist dieses Verhältnis richtig?*

PHILIPP MAURER: Das muss man jeweils im Einzelfall entscheiden. Es stellt sich ja auch die Frage, welche Möglichkeiten die Eigentümer haben, noch weitere Mittel zu beschaffen. Ich finde, der Punkt der Eigenverantwortung und der Rückstellungen ist richtig. Doch das gelingt nicht immer. Ich weiss von einem Fall, da wohnte ein älterer Herr in einem Baudenkmal, wo vor ihm schon seine Eltern gelebt hatten. Er war Epileptiker und arbeitete als Hilfsarbeiter auf dem Bau. In dieser Lebenssituation konnte er einfach keine Rückstellungen machen. Wenn dann jemand kommt und ein solches Haus instand stellt, ist das ein Glücksfall und die Ausnahme. Jedes Haus ist ein Einzelfall und braucht ein anderes Finanzierungsmodell. Damit aber möglichst viele Mittel – Eigenmittel der Besitzer oder Drittmittel – ausgelöst werden können, braucht es Motoren. Die Finanzhilfen von Bund und Kantonen sind ein solcher Motor.

LIENI FÜGLISTALLER: Man muss grundsätzlich die bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten überdenken. Auch Private sind bei Restaurierungen gefordert und ich kann mir vorstellen, dass man für sie die Investitionsanreize verstärkt. Beispielsweise wohnt jemand im Kanton Zürich und besitzt eine Liegenschaft aus dem 15. Jahrhundert im Kanton Glarus. Nun kriegt er für die Restaurierung vom Bund einen Beitrag von 16 000 Franken, den er dann im Kanton Zürich als Einkommen versteuern muss. Das macht keinen Sinn und das macht auch keine Freude. Via Steuergesetz müsste hier ein Anreiz geschaffen werden, denn das Geld wird ja investiert.

Auch Private sind bei Restaurierungen gefordert

HANS WIDMER: Ich möchte nochmals auf die Frage nach dem Verhältnis der öffentlichen Beiträge zurückkommen. Im Fall von Disentis muss ich sagen: In Anbetracht des Werts dieses Bauwerks hat der Bund eine Verantwortung. Das Kloster ist von öffentlichem Interesse, das ist nicht mehr nur die Angelegenheit der Benediktinergemeinschaft, der überdies der Nachwuchs fehlt, die überaltert ist, die mit ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten kein gutes Polster mehr anlegen kann. Wenn andere derzeit finanzielle Unterstützung nicht leisten können oder wollen, dann muss der Bund die Initiative ergreifen, danach aber auch die Verantwortlichen aus dem Kanton und der Gemeinde in die Pflicht nehmen.

JOSEF KUNZ: Das kann man so nicht sagen. Ich meine, der Bund könnte auch das Zehnfache zur Verfügung stellen und es wäre immer noch zu wenig. Wenn er nun bei einem Objekt tief in die Tasche greift, dann kommen all die anderen und sagen, wozu entwickeln wir noch eine Eigeninitiative? Wenn der Bund sich überproportional einsetzt, stirbt die Eigeninitiative. Erst wenn die Möglichkeiten der Eigeninitiative erschöpft sind, ist abzuklären, wie die Restfinanzierung erfolgen kann. Diesen Weg sollte man gehen.

ROMANA COSTA: *Wieviel Eigeninitiative muss sein – wie viel muss der Bund beisteuern?*

PHILIPP MAURER: In den letzten Jahren ist man von einem Beitrag in der Höhe von

30 Millionen Franken ausgegangen – dank den Erhöhungen, die das Parlament in den letzten Jahren jeweils gesprochen hat. Wir sprechen hier also nicht von Fantasiezahlen. Alle bisherigen Projekte, meist mit einem hohen Anteil an Eigeninitiative, konnten unter diesem System realisiert werden. Nun aber will der Bund seine Beiträge nochmals auf 21 Millionen heruntersetzen. Davon sind fünf an feste Verpflichtungen gebunden, so dass letztlich noch 16 Millionen zur Verfügung stehen. Bei den unzähligen freiwilligen und ehrenamtlichen Beteiligten löst man damit Frustration aus. Und damit klemmt man eben gerade die Eigeninitiative ab.

Wir haben auch Verantwortung für das gesamte Bundesbudget

ROMANA COSTA: *Genügen denn die 16 Millionen?*

LIENI FÜGLISTALLER: Ich möchte einen Blick auf die Zahlen werfen: 2008 hat der Bund 28,4 Millionen Franken bezahlt. 2009 wurden 28,5 Millionen vom Parlament bewilligt und am Ende blieb ein Kreditrest von eineinhalb Millionen. In diesem Jahr ist es noch schlimmer: Es wurden 9,3 Millionen aufgestockt, per 31. August 2010 aber konnte das BAK erst 2,4 Millionen Franken auszahlen. Bis Ende Jahr erwartet man einen Kreditrest von ungefähr 14 Millionen. Da stimmen die Prozesse nicht. Es gibt offenbar Verzögerungen in der Projektierung, dafür kann man nicht den Bund verantwortlich machen. Da muss zuerst etwas getan werden.

JOSEF KUNZ: Herr Füglistaller hat etwas Wichtiges angesprochen. Wir haben ja letztes Jahr den Kredit um 9 Millionen aufgestockt und ich habe dem auch zugestimmt, schon in der Kommission. Ich bin nun etwas erstaunt, dass das Geld nicht abgeholt werden kann. Wie sollen durch das Parlament Beträge aufgestockt werden, wenn die Verwaltung sagt, das Geld sei gar nicht abgeholt worden?

PHILIPP MAURER: Die Kreditreste lassen sich einfach erklären. Die Renovation eines Denkmals vom Zeitpunkt, wo der Bund eine Verpflichtung eingeht bis zur letzten Abrechnung dauert im Normalfall mehrere Jahre. Das hat zur Folge, dass man zwar Verpflichtungen eingegangen ist, die man aber noch nicht auszahlen konnte. Das ist ein Mechanismus, der verwaltungsintern gelöst werden muss. In der ersten Generation der Programmvereinbarungen können wir noch keine Tranchen auslösen. Es wird eine zweite Generation geben, wo man einen Schritt weiter und klüger sein wird. Das ändert nichts daran, dass das Geld gebraucht wird. Es ist auch nicht so, dass das Geld nicht abgeholt worden wäre. Die 30 Millionen wurden abgeholt. Der Bund ist diese Verpflichtungen eingegangen und muss dieses Geld so oder so bezahlen. Das Geld muss nun nur noch im richtigen Moment ausbezahlt werden. (Siehe hierzu auch die Bemerkung auf Seite 17).

HANS WIDMER: Was mich an dieser Diskussion stört, ist, dass man jetzt an Dingen herummäkelt, mit denen man in populistischer Weise die Schuld der Verwaltung zuschieben kann. Das ist aber ein Scheingefecht. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass mit den nun vorhandenen 16 Millionen die subsidiäre Aufgabe des Bundes in ihrem vollen Umfang schlicht nicht durchführbar ist.

LIENI FÜGLISTALLER: Wir haben auch Verantwortung für das gesamte Bundesbudget. Da gibt es Bereiche mit gewaltigen Wachstumsschüben und andererseits haben wir für das Budget 2011 ein Defizit von 600 Millionen. Wenn man da Prioritäten setzen will, bin ich sofort bereit, dies grundsätzlich zu diskutieren. Aber in der momentanen Situation versuche ich lösungsorientiert Wege aufzuzeigen. Im Steuerbereich Anreize für Private schaffen, Prozesse optimieren, kreative Lösungen suchen. Standortmarketing ist eine weitere Möglichkeit. Ich meine, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Ich komme aus dem Kanton Aargau. Dieser hat das Schloss Hallwyl geschenkt bekommen. Das hat ihn etliche Millionen gekostet, der Kanton hat sich aber dazu entschlossen, daraus etwas zu machen. Man muss sich da die Frage stellen, ob man nicht einen Teil des Geschenks veräussern kann, um den restlichen Teil besser pflegen zu können. Man muss hier kreativer werden. Bisher habe ich in dieser Runde nur gehört, es brauche mehr Geld, der Bund solle mehr bezahlen. Wenn wir zu einem Resultat kommen wollen, dann müssen wir zusammen nach Wegen suchen.

ROMANA COSTA: *Ist man zu wenig kreativ, zu wenig innovativ?*

HANS WIDMER: Es ist nicht richtig, wie Herr Füglistaller das formuliert hat. Ich plädiere klar für mehr Geld, aber nicht nur. Ich nehme seine Anregungen gerne entgegen, aber: Wie viel holt man zu diesen 16 Millionen über Prozessoptimierungen noch heraus? Und Marketing lässt sich nicht mit einem zusammenstürzenden Kulturdenkmal machen, da muss schon etwas mehr vorhanden sein. Da gibt es also Widersprüche. Betreffend Innovation lässt sich sicherlich mehr herausholen, etwa mit Modellen der Public Private Partnership. Das Hauptproblem ist: Weil längere Zeit nichts mehr gemacht wurde besteht mehr Bedarf, es ist aber immer weniger Geld vorhanden. Und mit den vorgeschlagenen Wegen allein lässt sich dieses Problem nicht lösen. Man muss sich grundsätzlich überlegen, was es denn kosten darf. Es braucht eine politische Debatte darüber, was uns die Denkmalpflege wert ist.

PHILIPP MAURER: Es ist sicherlich richtig, dass geeignete Objekte gute Betriebskonzepte haben müssen. Aber ich möchte davor warnen, dass man dabei den Fokus zu sehr auf Objekte wie das Schloss Hallwyl legt. Solche Objekte eignen sich in vielen Fällen, um ein Restaurant zu betreiben und für weitere publikumswirksame Aktionen. Das soll dort auch sein. Aber man muss

den Blick auf anderes lenken. Im Kanton Aargau gibt es beispielsweise die Synagoge von Lengnau, da kann man keine Beiz daraus machen. Und das ist auch ein Objekt, das als Schweizer Kulturgut herausragende Bedeutung hat. Dafür braucht es Mittel.

Aus der Synagoge von Lengnau kann man keine Beiz machen

JOSEF KUNZ: Man kann den Bund nicht für alles verantwortlich machen. Wichtig ist aber, dass der Bund verlässlich ist. Dass man sagt, wir haben beispielsweise jedes Jahr 40 Millionen auf sicher. Das gibt Verlässlichkeit. Es kann nicht sein, dass diese Zahlen dauernd schwanken. Wir von der SVP wollen aber in erster Linie ein ausgeglichenes Budget. Und da appelliere ich an die Linke. Ich bin bereit mich einzusetzen für Investitionen, welche im Land Arbeit, Wertschöpfung und Steuern auslösen – wenn uns die Linke dabei unterstützt, anderswo zu sparen. Ziel muss aber ein ausgeglichenes Budget sein.

ROMANA COSTA: *In der Kulturbotschaft steht ausdrücklich, dass der Bund 60 Millionen bezahlen müsste, wenn er seiner Verantwortung wirklich nachkommen wollte. Nun werden 21 Millionen gesprochen, wobei fünf davon an feste Verpflichtungen gebunden sind. Es stehen also noch 16 Millionen zur Verfügung – lediglich ein Viertel. Genügt denn das? Herr Maurer, Sie haben für das BAK eine Studie dazu verfasst, bevor Sie Ihr jetziges Amt antraten. Was enthält sie, wie sieht die Situation in der Schweiz aus?*

PHILIPP MAURER: Wesentlich war zunächst eine Abschätzung, welchen Anteil die Denkmäler am gesamten Immobilienbestand haben und wie viele Bundesgelder daran gebunden sind. Die jährlichen Investitionen im Bereich Bauen liegen heute bei 50 bis 60 Milliarden Franken pro Jahr. Der Denkmälerbestand liegt zwischen zwei und drei Prozent des gesamten Baubestandes. Objekte von nationaler Bedeutung gibt es rund 2500. So lassen sich Rückschlüsse ziehen auf die Zahlen, die natürlich Annäherungswerte, in der Grössenordnung aber sicherlich verlässlich sind. Da zeigt sich, dass jährlich Investitionen von einigen hundert Millionen notwendig sind, um den Bestand an nationalen Denkmälern zu unterhalten. Und wenn sich der Bund zu diesen 25 Prozent beteiligt, die im Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz NHG festgeschrieben sind, muss er mindestens rund 60 Millionen aufwenden. Gemessen daran sind 16 Millionen einfach zuwenig. Umso mehr, als es sich ja um eine kontinuierliche Aufgabe handelt.

HANS WIDMER: Wenn man die Kulturbotschaft betrachtet, die derzeit in der Vernehmlassung ist, so gibt es da einen riesigen Widerspruch. Einerseits wird erklärt, was man sich wünscht, welche Ziele man hat und am Ende steht dann, was dafür ausgegeben werden soll. Ideologisch propagiert man die hehre Absicht, aber konkret will man den Weg doch nicht beschreiten. Es wirkt beinahe verlogen, was hier geschieht. Man verspricht alles Schöne, will es aber nicht einhalten. Die Ökonomisierung und in diesem Zusammenhang der Sparwille sind heute derart radikal, dass die Menschen für Immaterielles nur noch sehr schwer zu mobilisieren sind. Ich bin sehr für das Modell der Public Private Partnership, aber der Teil «Public» darf sich aus diesem Modell nicht stillschweigend verabschieden.

Es gibt rund 2500 Objekte von nationaler Bedeutung

ROMANA COSTA: *Ich frage mich, hat nicht vielleicht auch die Denkmalpflege eine Chance verpasst, der Politik zu zeigen, dass sie unverzichtbar ist?*

PHILIPP MAURER: Im Bereich des Erklärens, was man tut und warum, kann immer noch mehr getan werden. Das ist auch notwendig. Aktionen wie die Europäischen Tage des Denkmals sind dafür schon einmal gute Anlässe. Da erreicht man tausende von Menschen. Ich finde überdies noch interessant: Es gibt einen grossen Wirtschaftszweig, vom Tourismus über die Banken und Immobilien bis zur Mode, wo man sich zu Werbezwecken bei Photoshootings gerne mit unseren Kulturgütern, Schlössern, Dampfschiffen, Kulturlandschaften etc. im Hintergrund darstellt. Das ist beliebter als alles Andere. Da wird ein Mehrwert generiert. Tagtäglich wird so ein Teil der Schweiz verkauft und konsumiert. Das ist auch etwas wert. Aber wie schon gesagt: Dahinter braucht es einen Motor, der das in Gang setzt.

LIENI FÜGLISTALLER: Sie haben etwas Wichtiges gesagt. Mit den Denkmalen können wir Standortmarketing betreiben. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg, denn mit der neuen Kulturbotschaft kann man über vier Jahre hinaus planen und finanzieren. Das gibt Sicherheit und danach kann man korrigieren und verbessern – auch mit den Kantonen auf der Basis NFA. Aber auch sie haben Kontakte – lassen sie diese spielen, sagen sie ihren Kantonsvertretern, wo die Probleme sind. Die Probleme müssen wir gemeinsam lösen.

Man verspricht alles Schöne, will es aber nicht einhalten

ROMANA COSTA: *Was für eine Vision haben Sie für das Jahr 2015 und was wollen Sie dafür tun, dass sie Wirklichkeit wird?*

PHILIPP MAURER: Ich erhoffe mir, dass der Denkmälerbestand in ein paar Jahrzehnten noch immer die grosse Aussagekraft hat, die er jetzt hat, so dass die Leute dann die Geschichte noch immer dreidimensional erfassen und darin die Werte unserer Kultur wiedererkennen können.

JOSEF KUNZ: Man muss den jungen Generationen den Respekt vor dem Alten weitergeben, denn wer das Alte nicht ehrt, vergisst die Zukunft. Auf unserem Betrieb haben wir das gelebt und sind nicht schlecht gefahren. Meine Jungen sind die 13. Generation auf dem Hof. Stellvertretend kann das auch für unsere Kulturgüter gelten.

LIENI FÜGLISTALLER: Ich hoffe, dass unsere Gesellschaft aus dem egoistischen Denken herauskommt und weg von der kindischen Haltung, dass man alles immer gleich sofort haben muss. Dann können wir das Gedächtnis unserer Vergangenheit auch für die Zukunft bewahren. Künftige Generationen sollen spüren, dass da einst Leute am Werk waren, die ihnen etwas weitergeben wollten.

HANS WIDMER: Meine Idee und mein Engagement gehen dahin, dass man dafür nicht nur den Staat in die Verantwortung zieht, sondern mit Public Private Partnership-Modellen arbeitet. Das heisst aber auch, dass sich der Staat von seinem Anteil an diesem Modell nicht in dem Ausmass zurückziehen kann, wie er das jetzt tun will. Die Budgethöhe soll mindestens gehalten werden, damit kommende Generationen auch noch in den Genuss der «Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen» kommen und damit die unterschiedlichen Möglichkeiten menschlicher Kulturformen an lebendigen Bauwerken erfahren können.

Das Gespräch wurde in Schweizerdeutsch geführt – für diesen Beitrag wurde es in Schrftsprache transkribiert.

Die Gründe für den Überhang sind vielfältig.

- Mit der Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen NFA per 1.1.2008 ging ein Wechsel des Finanzierungssystems einher.
- Seit 2008 bewegen sich die Verpflichtungs- und Zahlungskredite nicht mehr im Gleichschritt. Mit dem alten Finanzierungsmodus konnte man mit den jeweils vorhandenen Mitteln (sogen. Zahlungskredit) ältere Verpflichtungen (sogen. Verpflichtungskredit) begleichen, sobald sie fällig wurden. Mit der Umstellung auf die NFA mussten zunächst sämtliche Verpflichtungen abgebaut werden, so dass keinerlei Mittel mehr als «Puffer» dienen können. Die Verpflichtungskredite wurden jedoch immer vollumfänglich beansprucht.
- Die in den letzten Jahren jeweils im Dezember vom Parlament vorgenommene Korrektur des Voranschlags war immer höchst erfreulich, verunmöglichte jedoch eine vernünftige, langfristige und kontinuierliche Planung. Archäologie und Denkmalpflege brauchen Kontinuität.
- Bauprojekte der Denkmalpflege dauern selten weniger als ein Jahr. Sie erstrecken sich, aufgrund ihres Umfangs und ihrer Komplexität, oft über mehrere Jahre. Das führt dazu, dass viele Beiträge des Bundes nicht im Jahr der Verpflichtung ausbezahlt werden können, sondern erst später. Es entsteht ein Überhang. Bei den archäologischen Grabungen verhält es sich ähnlich. Verschärfend kommt hinzu, dass sie nicht immer im Voraus planbar sind.

Fazit: Der Überhang ist folglich ein administrativ zu lösendes Problem, das mit dem realen Bedarf nichts zu tun hat.

Résumé

Il est prévu de réduire le budget de la Confédération pour le patrimoine culturel et les monuments historiques à 21 millions de francs par an. Comment, dans ces conditions, sera-t-il encore possible d'entretenir notre patrimoine culturel? Le Centre NIKE a organisé, en collaboration avec le Forum d'architecture de Berne, une table ronde sur le thème «Les monuments sous pression».

Sur le fond, tous les intervenants se sont accordés que la Confédération doit apporter sa contribution à la conservation des monuments historiques. Selon Philipp Maurer, ces subventions jouent un rôle moteur: elles permettent que des fonds d'autres provenances soient débloqués pour une restauration. Il craint donc qu'une réduction de l'engagement financier de la Confédération ne déclenche chez les autres bailleurs de fonds des frustrations qui les dissuaderont de prendre eux-mêmes les initiatives qui s'imposent. Le plus important, selon Josef Kunz, c'est que la Confédération devienne un partenaire fiable et que le montant du budget qu'elle consacre aux monuments historiques ne soit plus remis en question chaque année.

Lieni Füglistaller, insistant sur le fait que le Parlement a la responsabilité de veiller à l'équilibre du budget de la Confédération dans son ensemble, a souligné la nécessité de trouver des solutions concrètes, applicables à la situation actuelle: des incitations fiscales encourageant les propriétaires privés, l'amélioration des processus administratifs et la promotion des localités abritant des monuments historiques. Hans Widmer a exprimé ses doutes quant à la possibilité de mobiliser des montants importants au moyen de tels instruments, remarquant, par exemple, qu'il est difficile de faire la promotion d'une localité avec un monument sur le point de s'effondrer. Il a cependant admis que la conservation des biens culturels devra miser davantage sur les partenariats public-privé, ce qui n'autorise pourtant pas les pouvoirs publics à renier leur responsabilité en la matière.